

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
25.04.2024, 19:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:	Dominik Helms
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzender:	Dr. Hanspeter Boos
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Sören Krieghoff
stellv. Bürgermeisterin:	Anke Kück
stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Norbert Ahlers
	Sascha Biebricher
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Hergen Eilers
	Anja Ender
	Karl-Heinz Funke
	Johannes Klawon
	Malte Kramer
	Lars Kühne
	Regina Mattern-Karth
	Dr. Christoph Meßner
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Ralf Rohde
	Tobias Rostek
	Stefan Schäfer
	Gesche Wittkowski
von der Verwaltung:	Thomas Besse
	Heiko Eilers
	Olaf Freitag
	David Heimann
	Dirk Heise
	Marion Lübben-Groß
	Jens Neumann
	Ralf Splettstößer
	Michael Tietz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 04.04.2024**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 5.1 **Verwaltungsausschuss vom 25.04.2024**
- 5.1.1 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 18.04.2024**
- 5.1.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 082/2024
- 5.1.1.2 Anwendung des Nds. Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG)
Vorlage: 073/2024
- 5.1.1.3 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 076/2024
- 5.1.1.4 Spende des Shantychores "De Freesen ut Varel" e. V. für die Stadt Varel
Vorlage: 044/2024
- 6 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7 **Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Helms eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Die Ratsfrau Möller und die Ratsherren Brennecke, Cassens, Hollwege und Kruse fehlen entschuldigt.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Helms stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 04.04.2024

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 04.04.2024 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Auf die entsprechende Frage einer Einwohnerin bestätigt Bürgermeister Wagner, dass im Haushaltsplan 2024 ein Betrag in Höhe von 200.000 Euro für die Erschließungsplanung für das Baugebiet Obenstrohe-Süd eingeplant ist.

Ein Einwohner bedankt sich für die Tulpenpracht die zurzeit an Vareler Durchgangsstraßen zu bestaunen ist und bittet Bürgermeister Wagner, diesen Dank an die verantwortlichen Personen weiterzugeben.

Ein Bürger bittet darum, bei den im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen im Ratsinformationssystem veröffentlichten Dokumente erkennbar zu machen, welchen Bearbeitungsstand die jeweils veröffentlichten Versionen haben, z. B. in Form einer Fußzeile.

Eine Einwohnerin schließt sich dem an und bittet darum, eine solche Verfahrensweise auch auf andere Dokumente, z. B. im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, anzuwenden.

Bürgermeister Wagner sagt eine Prüfung zu.

5 Berichte und Anträge der Ausschüsse

5.1 Verwaltungsausschuss vom 25.04.2024

5.1.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 18.04.2024

5.1.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2024

Vorlage: 082/2024

Ratsherr Krieghoff führt aus, dass er sich Sorgen macht, weil es der Stadt Varel immer schwerer fällt, einen Haushalt zu beschließen, der Freiheiten lässt. Er beklagt, dass die Pflichtaufgaben mittlerweile rund 90 % des Haushalts ausmachen.

Er appelliert daher an jeden, der Einfluss auf Bundes- oder Landespolitiker hat, diesen zu sagen „es reicht mit der Einengung der Souveränität der Kommunen“. Er kritisiert eine zunehmende Subventionspolitik und fordert, das Geld lieber den Kommunen von vornherein zu überlassen, damit diese entscheiden können, wofür sie es einsetzen wollen.

Er bezeichnet den zur Beschlussfassung vorliegenden Entwurf als im Großen und Ganzen gelungen und die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze als moderat. Von daher kündigt er an, dem Haushalt zuzustimmen.

Für die SPD-Fraktion führt Ratsherr Bruns zunächst aus, dass man sich bei den Bürger/innen und den Ratsmitgliedern der Opposition für die recht späte Vorlage des Haushalts 2024 entschuldigt. Zugleich räumt er ein, dass es am Ende der Beratungen dann sehr schnell gehen musste, was wiederum für Termindruck gesorgt habe. Sodann dankt er der Verwaltung für die umfangreiche und konstruktive Arbeit bei der Erstellung des Haushalts.

Er führt weiter aus, dass es der Mehrheitsgruppe gelungen sei, unter schwierigen Vorzeichen in guten und konstruktiven Gesprächen Kompromisse zu finden. Man habe sich mit der Erhöhung der Steuerhebesätze nicht leichtgetan, sich letztlich aber mit Blick auf die Grundsteuerreform 2025, die aufkommensneutral sein soll, entschieden, die Grundsteuerhebesätze bereits jetzt zu ändern. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die letzte Grundsteuererhöhung bereits zehn Jahre zurückliegt.

Die gute und vorausschauende Finanzpolitik der vergangenen Jahre bietet eine stabile und solide Basis, die letztlich auch durch Einmaleffekte begünstigt wurde. 2024 hingegen bekommt die Stadt Varel keine Schlüsselzuweisungen und zugleich belastet die Kreisumlage den Haushalt sehr. Gestiegene Energie- und Baukosten sowie die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst wirken sich ebenfalls negativ auf die Haushaltslage aus, so dass die Prognose zukünftig ein strukturelles Defizit von ca. 6 Mio. Euro jährlich erwarten lässt.

Zur Verbesserung der Einnahmen werde man die Vergnügungssteuer heraufsetzen, was nach seinem Eindruck auch breite Akzeptanz findet.

Die Erhöhung der Steuerhebesätze lässt bei der Grundsteuer ca. 800.000 Euro und bei der Gewerbesteuer ca. 1,8 Mio. Euro Mehreinnahmen erwarten.

Die weitsichtige Entscheidung des Rates, sich an der Kommunalen Netzbeteiligung GmbH & Co. KG zu beteiligen, spült aktuell jährlich ca. 230.000 Euro in den Ergebnishaushalt.

Um auch Einnahmequellen für die Zukunft zu genießen, werde man Wohnbauflächen ausweisen und für die Schaffung von Gewerbeflächen zusätzlich 500.000 Euro vorsehen.

Es gilt sich den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen um auch in Zukunft das Heft des Handels in den Händen zu behalten. Dabei reicht es seines Erachtens nicht, über neue Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen, zu klagen.

Die Mehrheitsgruppe habe lange und intensiv über mögliche Einsparungen gesprochen, letztlich jedoch keine schnellen Entscheidungen treffen wollen. Dieses könne man der Mehrheitsgruppe zum Vorwurf machen. Es sei notwendig strukturell etwas zu verändern und hierzu werde man entsprechende Vorschläge in den Rat einbringen.

Ratsfrau Mattern-Karth bezeichnet die aktuelle Haushaltslage angesichts von um ca. 6 Mio. Euro gesunkenen Einnahmen und um ca. 8,5 Mio. Euro gestiegenen Ausgaben als angespannt. Die Mindereinnahmen bei den Steuern und die Steigerungen der Ausgaben bei den Energie- und bei den Personalkosten waren aus ihrer Sicht nicht langfristig vorhersehbar.

Den Sportpark Langendamm hält sie für zu groß dimensioniert und dieser belastet

auch kommende Haushalte wegen der Folgekosten. Bei der Möblierung der Innenstadt wurde leider kein Wert auf Ökologie und Nachhaltigkeit gelegt.

Sie erinnert an einige anstehende Aufgaben, die hohe Investitionen erfordern werden, wie z. B. die energetische Sanierung von stadteigenen Gebäuden und den Ausbau der Ganztagschulen. Ohne zusätzliche Einnahmen dürften diese Aufgaben kaum zu bewältigen sein.

Für die Zukunft hofft sie auf höhere Zuweisungen vom Bund und vom Land.

Abschließend erklärt sie, sowohl dem vorliegenden Haushaltsentwurf als auch den Erhöhungen der Steuerhebesätze zuzustimmen.

Ratsherr Müller beschreibt den Haushaltsentwurf als einen kräftigen Schluck aus der Pulle der Steuerzahler. Der Haushalt 2024 lässt für die kommenden Jahre nichts Gutes ahnen; Varel droht wieder in schwere See zu geraten.

Er führt weiter aus, dass die Verwaltung bereits im November 2023 einen ersten Haushaltsentwurf vorgestellt hat, wofür er sich ausdrücklich bedankt. Er beklagt, dass sich die Mehrheitsgruppe bis zum April 2024 Zeit gelassen habe, bevor dann zur Sitzung des Finanzausschusses am 18.04.2024 eingeladen wurde. Am Vorabend der Sitzung wurde dann noch ein ergänzender Antrag von der Mehrheitsgruppe vorgelegt. Eine konstruktive Beteiligung der Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE war also offenbar nicht gewollt.

Es muss daher die Frage erlaubt sein, ob sich die Mehrheitsgruppe noch einig und arbeitsfähig ist oder ob man einfach nur zu bequem ist.

Die Erhöhung der Steuerhebesätze wird von seiner Gruppe sehr kritisch gesehen, weil der gleichzeitige Wille zum Sparen nicht erkennbar ist.

Er stellt die Frage, ob ein Veranstaltungsgelände auf dem ehemaligen Kasernengelände und ein Wohnmobilstellplatz wirklich notwendig sind. Er erinnert daran, dass es oftmals mit den Investitionskosten allein nicht getan ist, sondern dass Investitionen zu Folgekosten führen, die zukünftige Haushalte belasten. In diesem Zusammenhang nennt er eine Summe von 465.000 Euro jährlich für den Sportpark Langendamm.

Weiter führt er aus, dass die Mehrheitsgruppe es aus Parteiräson abgelehnt hat, gegen die Festsetzung der Kreisumlage Widerspruch zu erheben; selbst eine fachanwaltliche Prüfung der Festsetzung durch eine Anwaltskanzlei sei nicht gewollt gewesen. Stattdessen sollen nun die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Steuern belastet werden.

Er beklagt, dass der Bund und die Länder das Konnexitätsprinzip nicht beachten und die Stadt Varel allein bei den Kindertagesstätten in diesem Jahr rund 5 Mio. Euro drauflegen muss.

Er fordert eine kommunenübergreifend abgestimmte und gemeinsame Verweigerung von Aufgaben, die vom Bund oder vom Land übertragen worden und die nicht gegenfinanziert sind.

Er wirft der Mehrheitsgruppe vor, es versäumt zu haben rechtzeitig Wohnbauflächen auszuweisen. Die jetzigen Bemühungen kommen seines Erachtens angesichts gestiegener Baukosten sowie steigender Zinsen und überzogener Bauvorschriften zu spät. Ähnliches gilt für die Entwicklung von Gewerbegebieten; Nachbarkommunen seien da wesentlich besser aufgestellt. Als Beispiele nennt er die Gemeinden Jade und Rastede.

Die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE vermisst den Willen zum Sparen; infolgedessen werden die Erhöhungen der Steuerhebesätze und damit auch der Haushalt 2024 insgesamt abgelehnt.

Ratsherr Eilers führt für die CDU-Fraktion aus, dass die vorgesehenen Erhöhungen der Steuerhebesätze notwendig sind, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Varel zu erhalten.

Er geht auf den Zuschussbedarf der Kindertagesstätten ein und stellt fest, dass

dieser im Jahr 2015 bei 2,5 Mio. Euro lag, im Jahre 2024 voraussichtlich 5,0 Mio. Euro beträgt und laut Finanzplanung auf bis zu 9,0 Mio. Euro ansteigen könnte.

Bei dem Thema Ganztagschulen müsse man sich ehrlich machen und nochmal in Gesprächen und Verhandlungen festlegen, was gewollt ist. Als weitere große Aufgaben die bei den Kommunen liegen bleiben nennt er die Hausausforderungen beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung sowie die Integration von Geflüchteten und den Ausbau des ÖPNV.

Es stellt sich die Frage, ob Städte und Gemeinden noch bereit sind, ihnen ohne einen finanziellen Ausgleich übertragene Aufgaben zu erfüllen. Er fordert mehr Unterstützung in dieser Sache durch den Niedersächsischen Städtetag.

Wenn die Kommunen auf den Kosten sitzen zu bleiben drohen, dann gelte es sich unterzuhaken und sich durchaus auch einmal zu verweigern.

Er führt weiter aus, dass die Erhöhungen der Steuerhebesätze allein nicht ausreichen werden um das strukturelle Defizit zu kompensieren.

Sodann widerspricht er der Darstellung des Rats Herrn Müller wonach die Mehrheitsgruppe 6 Monate gebraucht habe um einen Entwurf vorzustellen. Nach seiner Erinnerung begannen die eigentlichen Haushaltsberatungen erst im Februar 2024.

Er geht kurz auf die Themen Veranstaltungsgelände und Güterschuppen ein und führt aus, dass es bei den weiteren Planungen gelingen muss, die Folgekosten solcher Projekte stärker in den Blick zu nehmen.

Zum Sportpark erinnert er an das Grundkonzept und verweist auf die Verwertung der städtischen Flächen an der Windallee, die bisher nicht erfolgt ist. Er hält es für unvernünftig weiterhin beide Sportanlagen zu unterhalten.

Rats Herr Dr. Boos erinnert daran, dass es sich bei dem Klimaschutz um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Er führt weiter aus, dass es der Stadt Varel ausweislich des Energieberichts in den Jahren 2019 bis 2022 nicht gelungen ist, den Wärmebedarf für die städtischen Gebäude zu reduzieren. Nach einer von ihm vorgenommenen Auswertung des Energieberichts haben die folgenden Gebäude das höchste Einsparpotential: Hallenbad, Weltnaturerbeportal, Grundschule Büppel, Feuerwehr Varel, Grundschule am Schloßplatz, Sporthalle Altjührden, Grundschule Langendamm, Grundschule Hafenstrasse und Rathaus II. Diese neun Gebäude machen ca. 68 % des städtischen Wärmeverbrauchs aus.

Um notwendige Investitionen vornehmen zu können, bedarf es eines finanziellen Freiraums, der seines Erachtens nur durch Steuererhöhungen gesichert werden kann.

Er kündigt an, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen und äußert die Hoffnung, dass von nun an verfügbare Haushaltsmittel planvoll und systematisch zur Reduzierung des CO²-Ausstosses eingesetzt werden.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass die Kombinatorik im Finanzausgleich dazu führt, dass die Steuermehreinnahmen 2022 und 2023 sich nunmehr negativ auswirken und ca. 7,0 Mio. Euro weniger an Einnahmen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang lobt er die Ratsmitglieder für den sorgsamen und weisen Umgang mit den Steuermehreinnahmen der vergangenen Jahre; dadurch konnte Vorsorge getroffen werden, so dass die Stadt Varel handlungsfähig ist und mit dem vorliegenden Haushalt auch handlungsfähig bleibt.

Er hält es für notwendig strukturelle Veränderungen vorzunehmen und sich zu fragen, wie man mit mancher „heiligen Kuh“ umgehen will.

Als Hauptursachen für das diesjährige Defizit von rund 12,2 Mio. Euro nennt er den kommunalen Finanzausgleich, die extrem guten Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst und eine Unterversorgung der kommunalen Haushalte.

Seines Erachtens gibt es keinen Grund, die Lage der Stadt Varel schlecht zu re-

den. Vielmehr bietet sich die Chance gemeinsam und mit gebotener Ruhe die Stadt Varel zukunftsfähig aufzustellen. In diesem Zusammenhang berichtet er von einem Sponsorentreffen, wo ihm von mehreren Vareler Unternehmern ein Bild von Varel als einer vitalen Stadt vermittelt worden ist.

Ratsfrau Kück erklärt einleitend, dass sie im Gegensatz zur Opposition diese Stadt nicht schlecht reden wird, sondern das Positive in den Fokus nehmen möchte.

Aufgrund der vorausschauenden Finanzpolitik der letzten Jahre konnten Rücklagen gebildet werden, die nun eingesetzt werden können, um den Fehlbetrag auszugleichen. Sie äußert die Hoffnung, dass die tatsächlichen Zahlen etwas besser ausfallen als die Prognose es erwarten lässt. In diesem Zusammenhang bedankt sie sich bei dem Kämmerer und bei seinem Team für die geleistete Arbeit.

Sie betont, dass die SPD-Fraktion keinesfalls Leistungen, die dem sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt dienen, auf den Prüfstand stellen möchte. Um das zu verhindern ist es notwendig, die Augen vor den Herausforderungen der Zukunft nicht zu verschließen.

Gesellschaftliche Veränderungen erfordern zusätzliche Kita-Plätze und Ganztagschulen. An die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE gewandt führt sie aus, dass es nicht ausreicht, den Fehler bei anderen zu suchen; vielmehr gelte es, kreative Lösungen zu finden.

Als Beispiele für die Erbringung von freiwilligen Leistungen nennt sie u. a. die Gelder für Schulsozialarbeit, für Bufdis, für Integrationslotsen und für Sprachförderung an den Grundschulen. Stolz ist sie auch auf die Angebote für die älteren Bürger/innen, z. B. den Seniorenbesuchsdienst und das Alten- und Pflegeheim Langendamm.

Ratsherr Norbert Ahlers führt aus, dass es aus seiner Sicht schwierig ist, ein konstruktives Verhältnis zu dem Haushaltsentwurf zu entwickeln. Das strukturelle Dilemma wird mit dem vorliegenden Entwurf nicht angegangen. Die vorgesehenen Erhöhungen der Steuerhebesätze verschaffen nur temporär etwas Luft, sie entwickelt jedoch keine Perspektive.

Seines Erachtens gilt es Schwerpunkte zu setzen und bei zukünftigen Haushaltsberatungen Investitionen auf ihre Folgekosten hin zu überprüfen und sich jede Position des Haushalts einzeln anzusehen.

Ein Verkauf der städtischen Flächen an der Windallee würde die für den gebauten Sportpark jährlich anfallenden Folgekosten nicht längerfristig decken können. Vor diesem Hintergrund kündigt er an, dem Haushalt nicht zuzustimmen.

Ratsfrau Busch führt aus, dass die lange Dauer der Haushaltsberatungen ihres Erachtens eher für die Intensität der Beratungen spricht.

Sie stellt fest, dass die Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich die Kommunen zweifelsohne belastet.

Kommunalpolitiker sollten überlegen, ob sie vor dem Bundestag und dem Landtag demonstrieren.

Angesichts des mangelnden Handlungsspielraums sieht sie für die Stadt Varel keine Alternative zu den beabsichtigten Steuererhöhungen. Sie erklärt, dem Haushalt daher zuzustimmen.

Ratsherr Funke bezieht sich auf die Ausführungen der Ratsfrau Kück und erinnert daran, dass es in der heutigen Sitzung laut der Tagesordnung um den Haushalt 2024 geht. Sodann stellt er fest, dass Ratsherr Müller in seiner Rede für die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE diese Stadt mit keinem Wort schlecht geredet hat und verwahrt sich gegen eine solche Unterstellung.

Er hätte sich vorstellen können und es für gut befunden, wenn man es angesichts

der finanziellen Lage und der damit verbundenen Zukunftsaufgaben geschafft hätte, gemeinsam einen Haushalt zu beschließen. Dazu ist es jedoch aufgrund der Zeit nicht gekommen.

Bezogen auf die mehrfach angesprochene Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land äußert er die Auffassung, dass diese für die Erfüllung dieser Aufgaben lediglich Rahmenbedingungen setzen dürften.

Er würde es begrüßen, wenn es gemeinsam gelänge, Bund und Land einmal spüren zu lassen, dass man es so nicht mehr macht. Das werde seines Erachtens jedoch nur gelingen, wenn man die kommunalen Abgeordneten aus der parteipolitischen Bindung herauslässt. Er geht davon aus, dass es hier in diesem Gremium schon bald zum Schwur kommen wird.

Ratsherr Müller verwehrt sich dagegen, Varel schlecht geredet zu haben.

Er richtet sich an den Ratsherrn Eilers und fragt diesen, ob ein von ihm erwähnter Verkauf der städtischen Flächen an der Windallee seine persönliche Meinung ist oder die Meinung der Mehrheitsgruppe.

An Bürgermeister Wagner gerichtet fragt er diesen, ob er näher beschreiben kann, was mit den von ihm genannten „heiligen Kühen“ gemeint ist.

Ratsherr Eilers antwortet, dass er damit sein persönliches Empfinden beschrieben hat. Seines Erachtens braucht Varel keine zwei großen Sportanlagen.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine näheren Ausführungen zu den „heiligen Kühen“ machen möchte.

Abschließend erklärt Ratsfrau Mattern-Karth, dass man mit einem Verkauf des Waldstadions die Axt an das soziale Miteinander legen würde, weil der Sportpark Langendamm für Kinder aus dem Kernstadtgebiet kaum erreichbar sei.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2024 sowie das Investitionsprogramm werden in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 18.04.2024 anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 7

5.1.1.2 Anwendung des Nds. Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG)

Vorlage: 073/2024

Beschluss:

Gemäß § 1 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG) wird bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 davon abgesehen,

1. den Anhang nach § 128 Abs. 2 Nr. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) zu erstellen und
2. die Teilergebnisrechnungen nach § 52 Abs. 3 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) und die Finanzrechnungen für Teilfinanz-

haushalte nach § 53 Abs. 3 KomHKVO aufzustellen.

Gemäß § 2 NBKAG wird des Weiteren beschlossen, dass in den Haushaltsjahren bis einschließlich 2022 die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst.

Einstimmiger Beschluss

5.1.1.3 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) Vorlage: 076/2024

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 18.04.2024 anliegende Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5.1.1.4 Spende des Shantychores "De Freesen ut Varel" e. V. für die Stadt Varel Vorlage: 044/2024

Beschluss:

Der Annahme einer Geldspende des Vereins Shantychor „De Freesen ut Varel“ e. V., Varel, in Höhe von 7.847,49 € für gemeinnützige Zwecke im Bereich der Stadt Varel wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

7 Anträge und Anfragen

Keine Anträge und Anfragen.

Um 20:57 Uhr schließt Ratsvorsitzender Helms die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dominik Helms
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)